

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL) vom 23. Juni 2005: Zur Verwirklichung von E-Government und bürger-naher Verwaltung in Bern; Fristverlängerung

Der Stadtrat hat die vorliegende Motion am 16. Februar 2006 erheblich erklärt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Behördenverkehr in der Stadt Bern auf die Erbringung um-fassender e-Government-Dienstleistungen auszurichten. e-Government-Dienstleistungen sind bür-ger-nah, kostengünstig und rund um die Uhr abrufbar.

Insbesondere muss das Angebot der Stadt folgende Dienstleistungen umfassen:

1. Einfache Bürger-Prozesse sind von A bis Z über das Internet-Portal der Stadt Bern abzuwi-ckeln: Herunterladen und ausfüllen entsprechender Formulare, Bezahlung von Dienstleistun-gen via Internet, automatisierte Zustellung der gewünschten, rechtgültigen Dokumente.
2. Insbesondere gilt dies für: Die Bestellung von Parkkarten, Registrierung von Geburten und Hochzeiten, Niederlassungsausweise, Ehefähigkeitsausweise, elektronische Meldung von Fundgegenständen, Erstattung einer Anzeige usw.
3. Bestehende Software-Lösungen in anderen Gemeinden und Städten (z.B. Jona, Baden) sind - allenfalls adaptiert auf die Bedürfnisse Berns - zu implementieren. Auf kostspielige Eigenent-wicklungen kann verzichtet werden.

Es wird heute unterschieden zwischen vier Stufen im Bereich des e-Government:

- Auf einer ersten Stufe bieten Internet-Portale der öffentlichen Hand Informationen zum Herun-terladen an.
- Auf der zweiten Stufe können amtliche Formulare herunter geladen werden.
- Auf der dritten Stufe können Formulare und Aufträge vollständig elektronisch abgewickelt wer-den.
- Auf der vierten Stufe schliesslich kann der gesamte Prozess inklusive eines Entscheids und der Abgeltung von Gebühren über das Portal der öffentlichen Hand erfolgen.

Die Stadt Bern bewegt sich heute mit ihrem Angebot noch weitgehend auf der ersten Stufe. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion aufgefordert, das städtische Angebot umfassend und schnell auf das vierte Niveau anzuheben.

Bern, 23. Juni 2005

Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL), Daniel Lerch, Daniel Kast, Christoph Müller, Hans Peter Aeberhard, Stephan Hügli-Schaad, Conradin Conzetti, Ueli Haudenschild, Jacqueline Gafner Wasem, Sibylle Burger-Bono, Dana Dolores, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Barbara Streit-Stettler, Gabriela Bader, Eric Mozsa, Peter Künzler

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat in seinen bisherigen Berichten an den Stadtrat vom 30. November 2005, vom 9. Dezember 2009 und vom 19. Dezember 2012 bekräftigt, dass er einer bürgernahen Verwaltung und einem bürgernahen Behördenverkehr in der Stadt Bern und damit dem elektronischen Behördenverkehr eine hohe Bedeutung zumisst.

In der Zwischenzeit wurden mit GRB 2012-1970 vom 19. Dezember 2012 die Informations- und Kommunikationstechnologie-Strategie 2013 - 2016 und mit GRB 2013-1033 vom 21. August 2013 die E-Government-Strategie 2013 - 2016 genehmigt. Mit diesen Strategien wurde die organisatorische Basis für eine effiziente Planung und Umsetzung der auch vom Stadtrat geforderten E-Government-Dienstleistungen gelegt. Die Dokumente zu den Strategien sind öffentlich und auf der Website der Stadt Bern (www.bern.ch) einsehbar. Darin ist auch ersichtlich, welche Projekte in welchem Zeithorizont priorisiert und geplant werden.

Besonders zu erwähnen ist das per 4. Juni 2013 in der Stadt Bern erfolgreich eingeführte Geschäftsverwaltungssystem CMI AXIOMA, welches vom Stadtrat am 7. Juli 2011 mit SRB Nr. 306 zur Umsetzung bewilligt wurde. Damit wird intern die Basis für einen effizienten und elektronischen Behördenverkehr gelegt.

Die Überarbeitung des städtischen Webauftritts wurde in Angriff genommen und befindet sich in der Planungsphase. Weitere in der E-Government-Strategie erwähnte und hoch priorisierte „Leuchtturmprojekte“ sind gestartet worden und befinden sich ebenfalls in der Planungsphase. Parallel dazu wird eine zentrale E-Government-Basisinfrastruktur in enger Abstimmung mit den jeweiligen E-Government-Vorhaben geplant, welche mehrfach verwendbare Basismodule zur Verfügung stellen wird und einen zentralen Einstieg ermöglichen soll. Einzelne Anträge zur Umsetzung dieser Projekte werden im Laufe des Jahrs 2014 an den Stadtrat gelangen. Mit einer Umsetzung der Forderungen der Motion kann nach heutiger Einschätzung und unter Berücksichtigung der erforderlichen Ressourcen frühestens bis Ende 2016 gerechnet werden. Dies entspricht auch der Laufzeit der aktuellen E-Government-Strategie des Gemeinderats. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat eine Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die in Planung stehenden E-Government Vorhaben können mit den bestehenden internen Ressourcen unter Beizug von externen Spezialisten für die Evaluationen und Implementierungen umgesetzt werden. Folgen für das Personal sind nicht zu erwarten.

Die Kosten für die Umsetzungen werden im Rahmen der jeweiligen Vorprojekte ermittelt und anschliessend auf die Investitionsplanung abgestimmt. Der Ressourcenbedarf für Entwicklung, Einführung und Betrieb solcher E-Government-Dienstleistungen ist erheblich, auch wenn die Stadt Bern nach Möglichkeit auf kostengünstige, gemeinsam entwickelte oder standardisierte Lösungen greifen wird.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL): Zur Verwirklichung von E-Government und bürgernaher Verwaltung in Bern; Fristverlängerung.
2. Er stimmt der Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis 31. Dezember 2016 zu.

Bern, 18. Dezember 2013

Der Gemeinderat